Nummer 330

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 1500 Mk. 69. Jahrgang Donnerstag, 19. Juli 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55/56 GRUNDSTÜCKE

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung | Unverlangt einge. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 20412

Verantwort. Leiter: Handelsteil: W. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn Schöneberg; Reuteres v. R. Jäger, Berlin; Kunst Musik: Kabt u. Lokales S. Köppen. Bln.-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 10000 Mk., Reklamezeil 40000 Mk., Stellungsuchende 4000 Mk. Bezugs-Preis freibl.: für Monat August 60000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspeditoeuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Ausiands-Bezug nur unter Streifband zulässig. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 franc. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, Oesterreich 160000 Mark, Ungarn und Polen 240000 Mark,

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Gegen die Verkehrssperre.

Berlin, 18. Juli.

Die deutsche Regierung hat gegen die jeder Rechtsgrundlage entbehrende Verlängerung der Verkehrssperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in Paris und Brüssel Verwahrung eingelegt. Die deutschen Vertretungen in London, Rom und Washington und beim Vatikan sind beauftragt worden, entsprechende Vorstellungen zu erheben.

Rußland lehnt die Meerengenkonvention ab.

OE Moskau, 17. Juli.

Die an die Sowjetregierung gerichtete Einladung der Lausanner Konferenzmächte, die Meerengenkonvention zu unterzeichnen, ist in Moskau eingetroffen. Obwohl die Antwort der Sowjetregierung noch nicht erfolgt ist, läßt die in leitenden Sowjetkreisen herrschende Auffassung keinen Zweifel darüber, daß sie in ablehnendem Sinne ausfallen wird. Sowjetrußland wird die Unterzeichnung der Meerengenkonvention verweigern und sich für die weiteren Entwicklungsstadien der orientalischen Frage volle Handlungsfreiheit vorbehalten. Bekanntlich hatten die einladenden Mächte seinerzeit Rußland die Mitunterzeichnung des Meerengenabkommens als Bedingung seiner Zulassung zur zweiten Phase der Lausanner Konferenz gestellt. Gegen diese Bedingung war von der Sowjetregierung Einspruch erhoben worden mit der Begründung, daß die Lösung der Meerengenfrage im engsten Zusammenhang mit den übrigen Konferenzproblemen stehe, auf deren Mitberatung die Sowjetregierung bedingungslos Anspruch erhob. Da Rußland infolgedessen der zweiten Phase der Lausanner Konferenz unter Protest fernegeblieben ist und sich auf ihr durch den erworbenen Vorzugsstatus als Beobachter vertreten ließ, kommt die Unterzeichnung der Meerengenkonvention allein für die Sowjetregierung nicht mehr in Frage. In Sowjetkreisen wird betont, daß Rußland sich damit nicht nur England, sondern auch der Türkei gegenüber in der Meerengenfrage freie Hand behalte.

Weitere Absagen.

eca Lausanne, 18. Juli.

Der japanische Delegierte hat gestern abend erklärt, daß er das Protokoll in der Konzessionsfrage nicht unterzeichnen werde, da Japan Anhänger der Politik der offenen Tür in der Türkei sei. Die rumänischen und serbischen Delegierten haben ebenfalls bei der Unterzeichnung einige Vorbehalte gemacht. Es ist sogar möglich, daß der serbische Delegierte die Unterzeichnung des Lausanner Vertrages verweigert, wie Serbien sich bereits geweigert hat, den Vertrag von Sèvres zu unterzeichnen, um die Anrechnung seines Anteiles an der ottomanischen Schuld zu vermeiden.

*

Paris, 18. Juli.

„Echo National" schreibt über die Friedensverhandlungen in Lausanne, die Türken hätten in Lausanne etwas durchgeführt, was dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ähnlich sei. Ihr Verhalten sei ihnen vollkommen gelungen. Dieser Widerstand sei hauptsächlich und in erster Linie gegen Frankreich gerichtet gewesen. Die Engländer, die in der Konzessionsfrage ihr Ziel erreicht zu haben glaubten, hätten sich ihrerseits davon überzeugen müssen, daß es unvorsichtig sei, den Türken zu trauen. Auch sie seien, des hartnäckigen Streites überdrüssig, angesichts der Festigkeit Ismet Paschas, des großen Siegers von Lausanne, zum Nachgeben gezwungen gewesen. Spätestens am 1. Januar des nächsten Jahres dürfte kein einziges Kriegsschiff in den Dardanellen und im Bosporus Station machen. Von diesem Zeitpunkte an würden die Türken die Hand frei haben, um eine Politik zu treiben, über die Frankreich und England keinen Grund haben würden, sich zu freuen. Jedenfalls würden sie fest zugreifen haben. Ihre Uneinigkeit habe den Feind stark gemacht, in der Türkei sowohl wie in Deutschland.

— **Landesverräter Schlittgens verhaftet.** Auf dem Herforder Bahnhof ist der Landesverräter Schlittgens, der bekanntlich vor einigen Wochen wichtige Schriftstücke an Frankreich verschachert hatte, verhaftet worden. Nähere Angaben können wegen Gefährdung wichtiger Reichsinteressen noch nicht gemacht werden. Schlittgens war als Vorarbeiter bei einer Herforder Firma tätig, bei der ein Industrieunternehmen des Ruhrgebietes wichtige Fabrikgeheimnisse untergebracht hatte, um diese vor dem Feinde zu retten. Schlittgens hatte seinerzeit die Kiste mit den Dokumenten aufgebrochen und einige Papiere daraus den Franzosen überliefert.

Gegen Unbesonnenheiten!

Reichsregierung und Bürgerkrieg.

Berlin, 18. Juli.

Durch W. T. B. wird mitgeteilt:

In der letzten Zeit sind in der Presse verschiedene Artikel erschienen die mit einer gewissen Kaltblütigkeit Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtern. Nach Auffassung der Reichsregierung haben solche Pressäußerungen in den Tatsachen keine Grundlage. Denn die überwältigende Mehrheit unseres Volkes lehnt es offenkundig ab, sich von irgend einer Seite in die verbrecherische Torheit blutiger innerpolitischer Kämpfe hineinhetzen zu lassen; sie weiß, daß die Schwierigkeiten, mit denen unser Volk unter äußeren Druck zu kämpfen hat, es jetzt weniger als je gestatten, Kräfte in inneren Auseinandersetzungen zu vergeuden. Die breitesten Kreise der Oeffentlichkeit ohne Unterschied der politischen Parteistellung sind sich darüber klar, daß, wer die jetzige Not des Vaterlandes benutzen wollte, um eigensüchtige Parteizwecke durchzusetzen oder die gesetzliche Ordnung durch Mittel der Gewalt zu zerreißen, allein die Zwecke fremder Mächte fördern und ein Verräter am deutschen Volke sein würde. Sollte es dennoch von irgendwelcher Seite gegen den offenkundigen Willen der Volksmehrheit zu einem Versuch gewaltsamer Auseinandersetzung kommen, so würde die Reichsregierung alle Machtmittel rücksichtslos einsetzen, um einen solchen Anschlag gegen Bestand und Verfassung des Reiches niederzuwerfen; die notwendigen Machtmittel hierzu stehen der Reichsregierung zur Verfügung. In der Beurteilung dieser Dinge besteht zwischen ihr und der preußischen Regierung volles Einverständnis.

Wie gegenüber einem durch die Presse gehenden Schreiben des Reichstagsabgeordneten Wulle an den Reichskanzler hervorgehoben werden mag. Insbesondere wird von der Reichsregierung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen, wenn in diesem Schreiben gegen einen preußischen Minister der Anwurf gerichtet wird, mit seinem Wissen werde der Bürgerkrieg organisiert. Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt. Sie wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen.

Die englische Entscheidung.

London, 18. Juli.

Wie Reuter erfährt, ist der Entwurf der Antwort an Deutschland noch nicht fertig. Wahrscheinlich wird er morgen vom Kabinett besprochen werden.

EP London, 18. Juli.

Der „Daily Expreß" meldet, daß der Entwurf für die Antwort an Deutschland veröffentlicht werde, während der Begleitbrief geheimgehalten würde. Beide Dokumente werden nach Amerika gesandt werden, aber nur zu rein informatorischen Zwecken. Die englische Regierung beabsichtigt dagegen nicht, das Dokument an andere neutrale Mächte zu senden, bevor sie keinen endgültigen Beschluß gefaßt habe. Die Frage des passiven Widerstandes werde in dem Entwurf nicht behandelt werden. Dagegen im Begleitbrief. Sofern Italien und Belgien das Prinzip der Einberufung einer Sachverständigenkonferenz annehmen werden, so würden diese beiden Mächte und England eine gemeinsame Antwort an Deutschland ausarbeiten. Bis jetzt sei nicht das geringste Anzeichen dafür vorhanden, daß Frankreich eine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit unternehmen würde. Eine etwas andere Auffassung in bezug auf die Haltung Frankreichs vertritt der „Daily Chronicle", der glaubt, daß sich in Frankreich gegenwärtig eine Bewegung bemerkbar macht, um die bisherigen Forderungen einzuschränken. Die an offizieller französischer Stelle veröffentlichte Erklärung, daß die Rede Poincarés in Senlis vor der Erklärung Baldwins im Unterhaus gehalten worden sei und somit nicht als eine Antwort auf diese Erklärungen aufgenommen werden könne, habe in England niemand getäuscht. Tatsächlich glaube man, daß Poincaré zu der Ueberzeugung gekommen sei, er sei am letzten Sonntag in Senlis zu weit gegangen.

Eine andre Version.

EP London, 18. Juli.

In gutunterrichteten Kreisen erklärt man, daß der englische Antwortentwurf auf die deutsche Note, sowie der Begleitbrief sich in der Hauptsache mit drei Fragen beschäftigen werden: nämlich mit der Frage des passiven Widerstandes, mit der Festsetzung der deutschen Reparationssumme und mit der Bestimmung der Garantien. Hinsichtlich des passiven Widerstandes hält man es für möglich, daß die englische Regierung in Berlin im Sinne der Einstellung des passiven Widerstandes vorstellig würde, aber nur unter der Bedingung, daß Frankreich sich sofort bereit erklärt, den Besetzungsmodus erheblich zu erleichtern und eventuelle Räumung in Aussicht zu stellen. Sollte Frankreich keine bedeutsamen Konzessionen machen wollen, so könne, erklärt man, keine Rede von einer englischen Vorstellung in Berlin sein. Dagegen hält man für wahrscheinlich, daß die englische Regierung nicht mehr auf eine internationale Zusammensetzung der Sachverständigenkommission bestehen werde. Mit Bezug auf die Garantien werde die englische Regierung wahrscheinlich auf den Garantien bestehen, die Bonar Law im Januar in Paris vorgeschlagen hat. Sie werde darauf bestehen, daß lokale Pfänder unproduktiv seien, weil dadurch die Bevölkerung in ihrem Handel und Gewerbe gehemmt werde. Die Garantien müßten sich im Gegenteil auf eine festgefügte Kontrolle über das ganze Reich erstrecken.

Ein dehnbares Werturteil.

eca Paris, 18. Juli.

Ein Mitarbeiter des „Intransigeant" behauptet, eine gut informierte Persönlichkeit habe gestern in seiner Anwesenheit Dr. Benesch erklärt, die englische Note würde „vernünftig und gut" sein. Der gleiche Mitarbeiter des „Intransigeant" teilt mit, die Brüsseler Regierung würde den englischen Text unverzüglich einem eingehenden Studium unterziehen, und es sei wahrscheinlich, daß Theunis und Jaspar am kommenden Montag nach Paris kommen werden, um sich mit Poincaré über diesen Text auszusprechen.

Der „Temps" an den „Daily Telegraph".

EP Paris, 18. Juli.

Der „Temps" antwortet heute auf den Vorschlag des „Daily Telegraph", der, wie bereits gemeldet, den Gedanken entwickelt hatte, daß die Besetzung der Ruhr unsichtbar gemacht werden sollte, sobald der passive Widerstand eingestellt sein werde, und daß die Besetzung vollständig aufhören müßte, sobald die Deutschen die beiden ersten von einem Sachverständigenkomitee zu bestimmenden Annuitäten bezahlt haben werden. Der „Temps" erklärt, daß dieser Vorschlag eine besondere Diversion bedeute. Dadurch, daß man die Besetzung der Ruhr in den Vordergrund rücke, lenke man die Aufmerksamkeit auf diejenigen Fragen, die Deutschland und Frankreich heute trennen, und wende sich von den Problemen ab die zuerst gelöst werden müßten. Wenn man eine schnelle und glückliche Lösung wolle, so müsse England vorerst erklären, wieviel es von Deutschland an Reparationen und von den Alliierten an Kriegsschulden fordern wolle: England müsse auch erklären, wie es sich die deutschen Zahlungen vorstellt und welche Haltung es dem deutschen Ausfuhrhandel, der deutschen Schiffahrt und den deutschen Ueberseeinteressen gegenüber einnehmen wolle. England müsse schließlich eine Politik verfolgen, die nicht darauf hinausgehe, die Deutschen gegen die Franzosen aufzuhetzen.

Französisch-spanischer Tangerkonflikt.

Paris, 18. Juli.

Wie „Journal" aus Madrid meldet, wird in dortigen diplomatischen Kreisen die Nachricht verbreitet, daß die spanischen Delegierten zur Londoner Sachverständigenkonferenz in der Tangerfrage nach Madrid zurückberufen werden sollen. Die Delegierten hätten die bestimmteste Instruktion erhalten, energisch den französischen Standpunkt in der Tangerfrage zu bekämpfen und im schlimmsten Falle für die Internationalisierung Tangers einzutreten.

Der Niedergang des Franken.

Von

Reichsschatzminister a. D. Dr.-Ing. Gothein.

M. d. R.

Ende Juli notierte das Pfund Sterling erst 54 Francs. Vor Weihnachten brauchte man an der Londoner Börse schon 62,08 französische Francs, um ein £ zu kaufen. Die Aufraktion schnellte den Dollarkurs bis auf 73,37 frcs. Ende Januar. Dann wurde die große Stützungsaktion in Szene gesetzt, die der Bank von Frankreich wie dem Staat recht erhebliche Summen kostete. Frankreich verfügt über ganz anders große Mittel als Deutschland, und der Franc kursiert im Ausland nicht in solch ungeheuren Massen wie die Mark. Die Stützungsaktion konnte dort also einen ganz anders nachhaltigen Erfolg haben, zumal Frankreichs Wirtschaftsleben durch die Aufraktion nicht entfernt so in Mitleidenschaft gezogen wird wie das deutsche.

Aber auf die Dauer läßt sich eine Valuta mit künstlichen Mitteln nicht halten: kostete Anfang Mai das £ 68,9 frcs., so Ende Mai 74,85 frcs. und hat am 7. Juli bereits den Kurs von 79,56 frcs. erreicht. Da die Goldparität für das Pfund 25,22½ frcs. ist und das £ selbst ca. 2 Prozent unter Goldparität steht, so heißt das, daß der Goldwert des französischen Franken, der vor Jahresfrist noch nahezu der halbe war, heute keine 31 Prozent mehr beträgt. Freilich mit Neid können wir auf die gegen die unsere immer noch glänzende französische Valuta blicken. Aber auf der schiefen Ebene ist auch sie und rutscht in der letzten Zeit trotz aller krampfhaften Stützungsversuche immer rascher hinunter. Die englische Finanzwelt — sagt man in Paris — werfe den Franc absichtlich und finde dabei die Unterstützung der amerikanischen. Das ganze sei ein politisches Manöver. Nun, wenn es ein solches ist, so baut es sich — wie die Bewegung des Francs seit der Ministerpräsidentschaft Poincarés zeigt — auf recht solider Basis auf. Die französische Politik und die durch sie sehr nachteilig beeinflußten Finanzen und Wirtschaftslage genießen eben kein Vertrauen. Ein Frankreich, das sich so ungeheure militärische Ausgaben leistet, das heute gezwungen ist, statt der Reparationskohle Riesenmengen englischer und amerikanischer Kohlen und Koks einzuführen, das nicht mehr das reiche Gläubigerland von ehedem ist, hat — auch wenn es seine Schuldverpflichtungen an England und Amerika nicht erfüllt — eine passive Zahlungsbilanz.

Vor bald einem halben Jahr schrieb ich: „Die internationale Finanz könnte sich jetzt ein gewaltiges Verdienst um die Welt erwerben, wenn sie den Franc so würfe, daß den Franzosen das Bedenkliche und Verbrecherische ihrer Politik an ihrem empfindlichsten Körperteil, dem Portemonnaie, drastisch zum Bewußtsein gebracht würde". Ich setzte damals auseinander, daß das zurzeit das einzige brauchbare Machtmittel sei, über das England und Amerika Frankreich gegenüber verfügten. Daß jedes Gelingen der französischen Aufraktion zur späteren kriegerischen Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich führen müsse.

Das Wettrüsten zur Luft und zur See hat wieder begonnen. Und jedenfalls ist es für die englische Politik nur vorteilhaft, es nicht allein auf dem Wege der Vermehrung der eigenen Rüstungen, sondern auch auf dem der Erschwerung und Verteuerung derjenigen Frankreichs und seiner Verbündeten, denen es Subsidien zahlt, zu erreichen. Auch in Frankreich ist die Steuerschraube aufs höchste angedreht. Militarismus und Aufraktion erfordern ungeheure Ausgaben. Jede Verschlechterung des Francs steigert sie, zwingt schließlich zu deren Deckung durch die Notenpresse. Die Anleihemöglichkeit wird immer geringer.

Schlußkurs der Mark in New-York

0,0003 13/16.

Hiesige Parität

ca. 262300.

SCHOKOLADENFABRIK ERFURT · ERFURT
KOMMANDITGESELLSCHAFT A. AKTIEN-
PRALINEN Erfurt Erfurt SCHOKOLADE